

Drohte. In dieser Handlung liegt eine Plauderstreckung, zu der Frau Vorens Beihilfe geleistet hatte. Das Verdict verurteilt dem Angeklagten mildernde Umstände und erkannte gegen den übrigen schon vorbestraften Ehemann wegen beider Straftaten auf 3 Wochen, gegen Frau Vorens auf 1 Woche Gefängnis.

Der große Fleischtopf.

Unter dieser Ueberschrift bringt die nationalliberale „Wag. Bl.“ Ausführungen, die in ihrem Kernpunkt folgendermaßen lauten: „Nur vereinzelt hat man bisher darauf hingewiesen, wie unzulänglich die Hauswirtschaft sehr weiter Volksteile in Sachen der Nahrungszubereitung geworden ist. Der Fleischkonsum auf den Kopf der Bevölkerung ist gegenüber gar nicht weit zurückliegenden Zeiten so gewaltig angewachsen, daß man meinen sollte, Perioden der Fleischverknappung würden überwunden werden durch leichte Einschränkung des Konsums, die eine immer noch beträchtlich höhere Durchschnittsernährung mit Fleisch zulassen würde als in früheren Jahrzehnten. Früher gab es in allen Schichten des Volkes, auch im Bürgerstande, bestimmte Fleischtage in der Woche; heute aber wird wöchentlich dreimal des Tages Fleisch gegessen, und zwar namentlich in den unteren Ständen, während die Reichen aus Gesundheitsrücksichten mächtig leben und den Fleischkonsum immer mehr einschränken. Tatsächlich ist in vielen Tausenden von Haushalten einfach die Fähigkeit verloren gegangen — die „fachtechnische“ Fähigkeit — die Fleischtopf durch Zubereitung anderer Nahrungsmittel zu ersetzen. Und früher war das Volk kräftiger und die Volksernährung größer als heute, wo man glaubt, daß nur harter Fleischkonsum kräftig macht, während ein solches Uebermaß nur schädlich wirkt. Als nun Freiherr v. Schorlemer es aussprach, daß ein großer Teil unserer Frauen und Mädchen wesentlich aus dem Grunde, sich immer auf die Zubereitung des Fleisches wirt, weil sie nichts anderes zu kochen verstehen, da er sich ein großes Murren bei den Vertretern der Sozialdemokratie. Tatsache aber ist, wie gesagt, daß heute im Arbeiterstande auch bei beschränktem Mitteln dem Fleisch vielfach eine stärkere Rolle eingeräumt wird, als nötig ist. Andererseits muß anerkannt werden, daß die Frau, sofern sie selbst in der Fabrik tätig ist, schleierdings nicht die Zeit zur Entfaltung abwechslungsreicher Kochkünste erübrigen kann. Viel aber kann doch unsere Volkswirtschaft gewinnen, wenn in der einzelnen Hauswirtschaft rationeller mit den Nahrungsmitteln aller Art umgegangen wird. Was soll gar in Kriegszeiten bei wesentlicher Beschränkung der Nahrungsmittelzufuhr werden, wenn wir uns in der Nähe nicht einrichten verstehen? Die Frage ist in der Tat außerordentlich ernst. Wichtige volkswirtschaftliche Interessen und Interessen der nationalen Sicherheit erheben sich, daß man im Einzelhaushalt des Mittelstandes und namentlich der unteren Schichten auch wirklich „hauswirtschaftlich“ verfährt. Mehr Kostpunkt in der Arbeiterfamilie — und viel Unzufriedenheit und Not, viel Anlaß zu Trunksucht und ehelichem Unfrieden wird verschwinden!“

Diese Ausführungen können wir nur Wort für Wort unterschreiben.

Das Sterben des Ausgleichs.

Unter Wiener Vertreter schreibt uns:

Im Jahre 1908 sind die Landtagswahlen in Böhmen auf deutscher Seite mit der einmütigen Aufforderung der Wähler an die Kandidaten verbunden gewesen, keinen ableistfähigen Landtag zuzulassen, bevor nicht der Anarchie der tschechischen Verwaltung in Böhmen ein Ende gemacht, bevor nicht den Minderheitsforderungen der Deutschböhmen in bezug auf die Sicherstellung ihrer nationalen Forderungen Rechnung getragen werde. Dieses Verlangen nach Obstruktion ist von den deutschen Landboten erfüllt worden und seit vier Jahren gibt es kein Arbeiten des böhmischen Landtages. Unter dem Druck der vollständigen Zerrüttung der Landesfinanzen haben sich die Tschechen endlich im Jahre 1910 auf Verhandlungen mit den Deutschen eingelassen, die unter dem Namen Ausgleichsverhandlungen bekannt sind. Seit zwei Jahren wird nun mit längeren und kürzeren Unterbrechungen beraten, ohne daß es bisher zu einem Abschlusse eines Ausgleichs gekommen wäre.

Im vergangenen Sommer schien es, als ob die Beendigung der Verhandlungen tatsächlich gesichert sei, und die offiziellen Mäntel sprachen schon von einem Arbeitsplan des Landtages. Da, in letzter Stunde, im August, stellten die Tschechen neue Forderungen auf. Damit war die Unmöglichkeit gegeben, die Arbeiten zu vollenden. Dazu kamen noch in den letzten Beratungen einige Vorfälle, die die friedliche Stimmung wesentlich trübten, so das Refusieren zwischen dem Statthalter in Böhmen kürzlich Franz Thun und dem früheren deutschen Völkerverwaltungsrat Dr. Schreiner, das beinahe ein Duell zur Folge gehabt hätte. Mitte August glugten die Ausgleichsverhandlungen auf Zerrien, um, wie sie beschloßen, im September die Beratungen wieder aufzunehmen.

Der September kam, allein an eine Fortführung der Verhandlungen war nicht zu denken, da sich mittlerweile auf beiden Seiten soviel Jügendstolz aufgeschauelt hatte, daß die erteilte Erlaubnis der Unterhändler zu Zusammenstößen geführt haben würde. Die Deutschen hatten und haben Grund zu Beschwerden gegen verschiedene Maßnahmen des Statthalterers kürzlich Thun, der, einer deutschen Adelsfamilie angehörend, die im deutschen Reich ihren Stammsitz besitzt, sich während seiner politischen Laufbahn ganz den Tschechen und ihren staatsrechtlichen Verwicklungen verschrieben hat. Die Tschechen wiederum erklärten, daß ein Erlaß des Justizministers Dr. v. Hochenburger über den Sprachengebrauch bei den Gerichten in Böhmen ihnen vorzüglich die Lust an weiteren Verhandlungen nehme. In Wirklichkeit sollte jedoch diese Erklärung der Tschechen nur der Taktik dienen, in Verknüpfung an den Deutschen neue Erpressungen zu verüben.

Zur Wiederaufnahme der Verhandlungen kam es also bis jetzt nicht. Der deutsch-tschechische Ausgleich liegt in Ruine. Nichts ist übrig als ab. Dieser Zustand ist beabsichtigt für die Deutschen kaum zu ertragen, mühen sie sich doch sagen, daß ein Ende mit Schrecken ihnen lieber ist, als ein Schrecken ohne Ende. Aus dieser Stimmung heraus kam der Beschluß der letzten Vollversammlung des deutschen Landtages, die in Böhmen zustande, von der Regierung darüber Aufforderungen zu verlangen, ob sie in der Lage sei, die Fortführung der Verhandlungen einzuleiten.

Der Ministerpräsident Graf Starab hat der deutschen Abordnung, der sich auch Vertreter des Verfassungsstreitens v. Hochenburger beigeschlossen hatten, erklärt, sie werde bei allen beteiligten Parteien für eine Weiterführung und Beendigung der Ausgleichsverhandlungen eintreten. Ob ihr das bei den Tschechen etwas nützt, ist eine andere Frage. Sie scheinen verläufig nichts anderes zu wollen, als die Würde des Parlamentarismus in Österreich durch fortgesetzte Anwaltschaften zu untergraben und den Justizminister Hochenburger zu kürzen. Gestagt es ihnen tatsächlich, die Demission Hochenburgers zu erzwängen, so kann von einer Fortführung der Ausgleichsverhandlungen verläufig keine Rede mehr sein.

Möglich ist allerdings auch, daß in nicht allzufer Zeit das ganze Ministerium Starab aus dem Amte scheidet. Dann wird der Ausgleich

aber davon abhängen, wie das kommende Winterklima zusammengeht sein wird. Dezeit liegt der Ausgleich im Sterben. Eine Radikatur kann ihm wohl Gelingen bringen; es ist aber zu befürchten, daß das an seinem Krankenbette verarmte Reich-Konkurrenz zu seines Einigung über die anzuwendenden Mittel kommt. Ueber die Folgen eines Scheiterns des Ausgleichs wird zu einem späteren Zeitpunkt zu berichten sein.

Tagesgeschichte.

Graf Wedels Blick an die Dessenität.

In dem Prozeß des Statthalterers Grafen v. Wedel gegen die „Ab. West. Bl.“ waren von seiten des Offener Blattes eine Reihe von Beweisurteilen gestellt worden. Ob diese Behauptungen waren vom Gericht als wahr und richtig hingehalten worden, was dahin gedeutet wurde, daß die vorabgebrachten Behauptungen als wirklich erwiesen anerkannt worden seien. Jetzt veröffentlicht nun die amtliche „Straßburger Korrespondenz“ eine längere Erklärung, in dem sie einigt die verschiedenen Behauptungen des Offener Blattes widerlegt. Im Falle Grafen Wedels sei einigegesehen worden, sobald das Treiben des deutsch-tschechischen Direktors bekannt wurde. Die Auflösung des deutsch-tschechischen akademischen Senats erfolgte, als dieser von der Seite des Vereins gegen die Deutschen Kenntnis erhielt. Wegen den Souvenir Français habe man nach dem Vereinsgesetz nicht eher vorgehen können, als bis er mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen sei. In der Frage der Zulassung ausländischer Hörer habe die tschechische Regierung von jeder ihrer Pflichten getan. Es solt nun eine eingehende Darstellung derjenigen Einzelfälle, in denen die Statthalterei die ihr amtsgemäß obliegenden Pflichten nicht erfüllt habe. Die Behauptung, der Statthalter habe bei einer Einweihungsfeierlichkeit in Amanden eine französische Ansprache gehalten, sei unklar. Der Besuch des tschechischen Theaters durch den Kaiser sei dessen eigener Initiative entsprungen. Die politische Bestimmung des Theaterleiters habe auch zu Verhandlungen seinen Anlaß. Mit dem Abgeordneten Wetterle habe der Statthalter keinerlei Beziehungen. Die bemängelte Anstellung dreier angeblicher Nationalisten entspreche nur zum geringsten Teile den Tatsachen. Der Besuch des Zentralhotels gab dem Statthalter aus dem Grunde keinen Anlaß zu Bedenken, da der militärische Verruf über das Hotel bereits wieder aufgehoben worden war. Die Zulassung der französischen Kriegsdenkmäler sei im Einverständnis mit dem auswärtigen Amte erfolgt. Im Falle Hildesheim hat sich die Regierung ausschließlich von tatsächlichen Erwägungen leiten lassen. Die getadelte Verwendung einer Unternehmung an den Sohn eines höheren Beamten fällt nicht mehr unter das Regime des Grafen Wedel und ist ein allerböcherster Gnadenakt gewesen. Wegen die nationaltschechische Presse könne man nur vorgehen, wenn der Tatbestand einer strafbaren Handlung gegeben sei.

Die Wahl des Dr. Felix v. Hartmann

zum Erzbischof von Köln war eine Ueberreichung. Der Wendepunkt der kirchengerichteten Richtung innerhalb der katholischen Kirche, während sein Gegenkandidat Dr. Müller, der Weihbischof von Köln, als Anhänger der sogenannten Kölner Richtung bezeichnet wird. Zur Zeit des Modernisteneides verlangte Dr. v. Hartmann von den Professoren der Theologie in Münster, daß sie trotz des päpstlichen Jugendschusses den Modernisteneid leisten sollten. Auch sein Konflikt mit Professor Höcker in Münster hat das Augenmerk auf ihn gerichtet als Verfechter des Dogmenstandpunktes. Jedemfalls ist der neue Erzbischof ein Gegner der sogenannten Kölner Richtung.

Die Erweiterung der Veteranenfürsorge.

Man schreibt uns: Es ist zutreffend, daß der nächste Reichstag eine Erhöhung des Fonds zur Gewährung von Weibissen an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer in Vorschlag bringen wird. Diese Erhöhung wird jedoch die von einer Korrespondenz genannte Summe von 4 Millionen Mark nicht erreichen, weil der Reichstag in dieser Höhe Mittel nicht zur Verfügung hat. Diese vermehrte Veteranenfürsorge ist aber auch nur als eine vorläufige anzusehen, da beabsichtigt ist, falls das Petroleummonopolgesetz zustande kommt und dem Reiche daraus Einnahmen zufließen, diese wenigstens zum Teil für eine Erweiterung der Veteranenfürsorge zu verwenden. Denn bei der sozialen Fürsorge, für welche nach der halbamtlichen Verlautbarung Erträge aus dem Petroleummonopol Verwendung finden sollen, war in erster Linie an die Veteranen gedacht. Die für das nächste Jahr in Aussicht genommene Verstärkung des Veteranenunterstützungsfonds soll einer Erweiterung des Kreises der zu unterstützenden Veteranen dienen. Der Fonds wurde bekanntlich im vergangenen Jahre von 2,6 Millionen auf 2,8 Millionen Mark erhöht, indem die Erträge des Zuwachstenergiegesetzes in einer Höhe von 5 Millionen Mark dem Veteranenfonds überwiesen wurden. Im laufenden Etatsjahr beträgt der Fonds 3 Millionen Mark. Durch die Erhöhung um 5 Millionen im Jahre 1911 wurde es möglich, unter Berücksichtigung der Abgänge, 60000 Veteranen mehr zu unterstützen, als bis dahin. Gegenwärtig kann man die Zahl der Veteranen aus dem Kriege 1870/71 im ganzen Reiche auf 400000 annehmen. Die zur Unterstützung vorhandenen Mittel werden den Bundesstaaten nach dem Verhältnis der Kopfzahlen derjenigen Kriegsteilnehmer überwiesen, welche in den einzelnen Staaten am 1. März 1912 als bezugsberechtigt anerkannt waren. Ein Beitrag von 500000 Mk. bleibt zunächst in Reserve zur Deckung eines etwaigen nachträglichen Mehrbedarfes in einzelnen Bundesstaaten.

Bürgerliche Einigung gegen die rote Gefahr.

Zwischen Zentrum und Nationalliberalen, die schon bei der letzten Reichstagswahl im Industriebezirk ein Stichwahlabkommen trafen, wurden jetzt auch für die Stadtverordnetenwahlen, die nächste Woche in Eisen, Welschtrich und Vöckum stattfinden, Wahlabkommen geschlossen. Diese verfolgen den Zweck, das Eindringen von Sozialdemokraten in die Stadtverordnetenkollegien zu verhindern.

Das bayrische Gesetz über den Kriegszustand.

Die bayrische Kammer der Abgeordneten vertrat am Montag das Gesetz über den Kriegszustand, das eine Lücke in dem bestehenden Rechte ausfüllen soll. Die Regierung hatte in dem Ausschusse einzelne Verschärfungen, die über das preussische Recht hinausgehen, fallen lassen. Mehrere Anträge der Sozialdemokraten wurden vom Ausschusse abgelehnt und das ganze Gesetz mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten angenommen. In der Debatte machte der Justizminister darauf aufmerksam, daß der Entwurf nur für den Kriegszustand ausgearbeitet sei. Die in einem Teile der Presse aufgetauchten Besorgnisse, als könnten die Maßnahmen auch bei einem wirtschaftlichen Streike Anwendung finden, seien grundlos. — Die Präsident Dr. v. Cramer am Schluß der Sitzung mittelste, ist in Aussicht genommen, heute, Mittwoch, die erste Session des Landtages zu schließen.

Die Generalversammlung der Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe.

hat folgende Resolutionen angenommen: Die Generalversammlung der Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe hält den Entwurf des kaiserlichen Gesundheitsamtes über Lebensmittel im allgemeinen und besonders in bezug auf Honig für anerkanntswürdig; es kann aber die Befürchtung nicht

unterdrückt werden, daß die polizeiliche Kontrolle keine einheitliche sein wird und sich mancherorts stark Gegenüber geltend machen werden, indem das Gericht den Standpunkt der polizeilichen Chemiker einnehmen wird. Eine einheitliche Untersuchungsaktion wird für dringend erforderlich gehalten. — Die Generalversammlung empfiehlt ihren Verbänden und Vereinen, ihre Mitglieder zu einem einheitlichen Kampf gegen das Zugabeunwesen aufzufordern. Sie empfiehlt insbesondere, die Beschlüsse, welche von dem gemeinsamen Ausschuss des Verbandes gefaßt worden sind, zu befolgen. Sie bittet die einzelnen Vereine, sich gegenseitig zu unterstützen, gemeinsam zu handeln und jedes erlaubte Mittel gegen das Zugabeunwesen anzuwenden.“

Die Dreihundbesuche Di San Giuliano.

Die „Perseveranza“ meldet, Di San Giuliano werde vor seiner Abreise nach Berlin eine Unterredung mit Giolitti in Turin oder in Gavour haben. Dem Besuche wird angeschlossen der internationale Tag in politischen Kreisen gegen den Besuch des Grafen Berchtold in Florenz soll für die zweite Hälfte des November angelegt sein. — Im Gegensatz hierzu meldet die in Turin erscheinende „Gazzetta del Popolo“ aus Rom, daß der Besuch des italienischen Ministers des Auswärtigen in Berlin an dem geplanten Tage nicht stattfinden und auf unbestimmte Zeit verschoben sei. Die Verlegung des Besuchs rufe das größte Aufsehen hervor, da vielfach darin eine radikale Änderung der gesamten Außenpolitik Italiens erblickt werde. (??)

Dunkelheit in Dunkelheit.

In Dunkelheit sind die Gasarbeiter in den Katakomben getreten. Ein Teil der Stadt, sowie fünf Ortschaften der Umgebung waren Montagabend in Dunkelheit gehüllt. Falls der Streik andauern sollte, werden für die Stadt noch unangenehme Störungen erwartet, da die Arbeiter der Elektrizitätszentrale erklärten, mit den Gasarbeitern gemeinschaftliche Sache machen zu wollen.

Die portugiesischen Monarchisten rühren sich wieder.

„Imparcial“ berichtet aus Lissabon die Verhaftung der Generalkabsoffiziere Cuerni, Madri und Petro wegen Vorbereitung eines Aufstandes des Heeres zur Wiederherstellung der Monarchie. Auch einige Offiziere der Garnison in Oporto sind wegen Teilnahme an dem Komplott verhaftet worden.

Das rumänische Parlament

ist zur Auflösung auf den 30. Oktober einberufen worden. Die Neuwahlen finden Ende November statt. Das neue Parlament wird am 9. Dezember zusammentreten.

Deutsches Reich. Einem neuerlich ankommenden Gerüchte zufolge soll die Verlobung der jüngsten Tochter des Herzogs von Cumberland, Prinzessin Olga, mit dem Erbprinzen Adolf Friedrich von Mecklenburg-Strelitz unmittelbar bevorstehen.

Verenigte Staaten. Der Vizepräsident der Vereinigten Staaten, Sherman, der als Kandidat für die Wiederwahl aufgestellt ist, ist ernstlich an einem Herzleiden erkrankt.

Während des Druckes nachts eingegangene Neueste Drahtmeldungen.

Wien. (Priv.-Tel.) Aus diplomatischen Kreisen wird mitgeteilt, daß nach der nächsten Schlacht, die vermutlich zwischen Adrianopel und Konstantinopel erfolgt, eine Intervention der Mächte bestimmt erfolgen wird, ohne Rücksicht darauf, wer unterliegen wird. Ueber die Form der Verhandlungen besteht unter den Mächten Einigkeit. Die Entscheidung der Schlacht wird während dieser Woche erwartet, so daß die Intervention noch innerhalb von 8 Tagen erfolgen dürfte.

Konstantinopel. (Priv.-Tel.) Das ganze türkische Geschwader wird in den Dardanellen zusammengezogen und voraussichtlich bereits morgen einen Ausfall machen, um das Ägäische Meer für Truppentransporte frei zu machen. Man darf mit einem Zusammenstoß mit der griechischen Flotte rechnen.

Konstantinopel. Der Großwesir Ghaff Ahmed Nuhfar-Pasha demissionierte. Riamil-Pasha wurde zu seinem Nachfolger ernannt.

Belgrad. Amlich wird bestätigt, daß Köprülü von den serbischen Truppen eingenommen worden ist.

Berlin. Bei der heutigen Erbschaftswahl im 1. Berliner Landtagswahlkreise erhielten Rugdan (Hofstr. Sp.) 337 und Pösch (Soz.) 74 Stimmen. 3 Stimmen waren zerstückelt und 36 wurden für ungültig erklärt. Dr. Rugdan ist somit gewählt.

Köln. (Priv.-Tel.) Anlässlich der Erbschaftswahl fand heute Abend ein Festessen statt, das der Königl. Kommissar Freiherr v. Rheinbaben den Spitzen der weltlichen und kirchlichen Behörden, sowie der Rheinprovinz gab; u. a. nahmen an dem Essen teil Prinz Max von Sachsen, Prinz von Hohenzollern und fast vollständig die Vertreter der katholischen Adelsgesellschaft. Der Oberpräsident betonte in seiner Ansprache, daß Staat und Kirche ihre Aufgaben gemeinsam zu erfüllen hätten und darum Hand in Hand gehen müßten.

München. Die Leiche der Prinzessin Rupprecht traf heute Abend 6½ Uhr mit dem Neapeler Schnellzug auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein und wurde in aller Stille nach der St. Cajetan-Kirche überführt.

London. Im Unterhause richtete der Major-General Whitehouse an den Staatssekretär Owen die Anfrage, ob von Deutschland wegen der Rede des Lords Roberts in Wandsworth am 22. Oktober Vorstellungen erhoben worden seien. Sir Edward Grey erwiderte, es sind bei uns von Deutschland keine Vorstellungen gemacht worden. Ich muß den Gedanken durchfallen ablehnen, es könnte eine Regierung bei einer anderen offiziellen Vorstellung erheben wegen unklarer und provozierender Reden (Weißal bei den Ministerien), die in Deutschland oder England von Personen gehalten worden sind, die nicht in der Lage sind, die Politik ihrer Regierungen zu kontrollieren. Auch der Unterstaatssekretär im Kriegsamt, Oberst Seely, wurde wegen desselben Gegenstandes von Whitehouse interpelliert. Dieser fragte an, ob Maßnahmen ergriffen werden würden, um einen Vertreter der britischen Armee daran zu hindern, eine Sprache zu gebrauchen, die eine befreundete Macht abfällig beurteilt. Seely antwortete, er glaube nicht, daß er der Erklärung Sir Edward Greys noch etwas Wesentliches hinzufügen könne.

Christiania. (Priv.-Tel.) Ein Vertreter der deutschen Telefunken-Gesellschaft ist in Christiania eingetroffen, um die Errichtung einer drahtlosen telegraphischen Verbindung zwischen Norwegen und Amerika zu günstigeren Bedingungen als die der Marconi-Gesellschaft anzubieten. Das Parlament wird die Entscheidung treffen.